



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Wieder liegen drei intensive und spannende Sessionswochen hinter uns. Ich freue mich, Ihnen nachfolgend über einige wichtige Geschäfte zu berichten. Neben den parlamentarischen Geschäften wurde die Session auch durch den diesjährigen Frauenstreiktag am 14. Juni geprägt, welcher im Vorfeld zu diversen, teils gehässigen, Diskussionen führte. Persönlich habe ich diesen Tag genutzt, um an einer Veranstaltung mit dem Dachverband der Frauenorganisationen, alliance F, auf die laufende Legislatur zurückzuschauen und zu evaluieren, was wir im Parlament in Sachen Gleichstellung bereits erreicht haben. Den entsprechenden Beitrag zu dieser Veranstaltung finden sie [hier](#) zum Nachschauen. Anlässlich einer ausserordentlichen Session zum Bereich Gleichstellung wurde das Thema auch im Rat diskutiert, was aber neben den zahlreichen weiteren Geschäften nur einen Nebenschauplatz darstellte.

Folgende Geschäfte wurden im Parlament beraten (Auswahl):

Pa. Iv. 17.400 – Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung

Nachdem die Vorlage zuletzt in der Herbstsession – gegen den Willen der FDP-Liberale Fraktion – zurückgewiesen wurde und eine Subkommission zur Überarbeitung der Vorlage eingesetzt wurde, konnte der Nationalrat in der Sommersession nun endlich die Detailberatung aufnehmen. Gemäss Nationalratsbeschluss soll, wer ein Haus besitzt, künftig beim Ausfüllen der Steuererklärung auch bei Zweitwohnungen den Eigenmietwert nicht mehr angeben müssen. Der Nationalrat hat damit anders als der Ständerat einem kompletten Systemwechsel bei den Wohneigentumssteuern zugestimmt. Um die Vorlage nicht von vornherein zum Scheitern zu verurteilen und mehrheitsfähiger auszugestalten, insbesondere für diejenigen Kantone mit vielen Zweitliegenschaften, sprach sich die FDP als einzige Partei gegen diesen konsequenten Systemwechsel aus und votierte für die Besteuerung selbstgenutzter Zweitwohnungen zum Eigenmietwert.

Der Nationalrat beschloss zudem, dass nur unter bestimmten Bedingungen Abzüge für denkmalpflegerische Arbeiten erlaubt sein sollen. Ein Antrag der FDP-Liberale Fraktion für befristete Abzüge bei Energiesparmassnahmen fand keine Mehrheit. Wir bedauern dies, da damit die Gelegenheit verpasst wurde, einen zentralen Punkt der Energiestrategie aufzunehmen. Konkret hätte dies einen Anreiz schaffen sollen, in Massnahmen zu investieren, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen.

Klar ist, dass die Nationalratsvariante im Ständerat, der sich als nächstes wieder mit der Vorlage zu befassen hat, einen schweren Stand haben wird. Bei einer Referendumsabstimmung würden neben dem Widerstand der Linken auch die skeptischen Kantone eine Rolle spielen, insbesondere jene Tourismuskantone mit vielen Ferienwohnungen. Daher wird sich die FDP im Ständerat für eine mehrheitsfähige Ausgestaltung einsetzen, welche das ganze Vorhaben nicht aufs Spiel setzt. Nur so können wir unser langjähriges Ziel erreichen und die schädliche Besteuerung des Eigenmietwerts beenden.



GdBR. 22.054 – Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative

Obwohl sich die FDP-Liberale Fraktion mit Nachdruck für die Renteninitiative der Jungfreisinnigen sowie für einen Gegenvorschlag eingesetzt hat, kommt sie nun ohne ebendiesen Gegenvorschlag vors Volk. Zudem empfehlen beide Kammern die Ablehnung an der Urne. Dies, nachdem die FDP und die Jungfreisinnigen in der zweiten Sessionswoche eine Rückweisung an die Kommission erwirken konnten. Eine knappe Mehrheit (93:92, bei einer Enthaltung) bestehend aus FDP, SVP und GLP setzte sich durch und beauftragte die Kommission mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags – ein Erfolg, den viele fast nicht mehr für möglich gehalten hatten. Ziel des Gegenvorschlags sollte es sein, eine sogenannte «Schuldenbremse für die AHV» zu erwirken: Falls die kumulierten Ausgaben der AHV die kumulierten Einnahmen während fünf Jahren übersteigen und die Politik keine Massnahmen beschliessen kann, wird das Rentenalter um einen Monat pro Kalenderjahr erhöht. Das Ziel: Verhindern, dass die AHV bis 2050 Schulden in Höhe von mehr als 100 Mrd. Franken anhäufen würde.

Eine Woche später folgte jedoch sogleich die Ernüchterung: GLP und SVP hatten in der Zwischenzeit kalte Füsse bekommen und die Mehrheit der Kommission kam zum Schluss, dass man sich nicht auf einen Gegenvorschlag einigen könne. Nach dieser klaren Arbeitsverweigerung wird die Initiative nun ohne Gegenvorschlag vors Volk kommen. Es ist bedenklich, dass ausser der FDP alle Parteien den kommenden Generationen einen Scherbenhaufen in der Altersvorsorge hinterlassen wollen.

GdBr. 18.043 – Strafraahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht

Nach scheinbar endlosen Kämpfen um die Revision des Sexualstrafrechtes konnte dieses in der vergangenen Session endlich unter Dach und Fach gebracht werden. In der ersten Sessionswoche konnte sich der Nationalrat im zentralen Punkt der Vorlage auf die Kompromisslösung (Widerspruchslösung inkl. Freezing) mit 105:74:11 einigen. Von linker Seite wurde erfolglos versucht nochmals die Zustimmungslösung ins Spiel zu bringen. Von diesem neuerlichen Versuch, die «Ja-ist-Ja»-Lösung doch noch durchzubringen geblendet, wurde die SVP verwirrt – sie stimmte geschlossen für die Zustimmungslösung, was zu einiger Heiterkeit im Rat sorgte. Da es sich offensichtlich um ein Missverständnis handelte, wurde dieses Abstimmungsresultat mit einem Ordnungsantrag wieder korrigiert. Damit erreichen wir im Bereich des Sexualstrafrechtes wichtige und dringend nötige Fortschritte: Für den Tatbestand der Vergewaltigung ist zukünftig keine Nötigung mehr nötig, sondern eine verbale oder nonverbale Ablehnung (inkl. des Freezing) genügen. Mittels der geschlechtsneutralen Definition wurde der Strafbestand zudem zurecht ausgeweitet.

GdBr. 18.077 – Raumplanungsgesetz. Teilrevision. 2. Etappe

Die 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes hat mich während dieser Session ganz besonders beschäftigt, da ich bei diesem Geschäft fraktionsintern im Lead war. Die Vorlage ist als indirekter Gegenvorschlag zur sogenannten «Landschafts-Initiative» aufgegleist worden. Das begrüsst die FDP-Liberale Fraktion, welche die Initiative als zu extrem ablehnt. Im Nationalrat durfte ich als Sprecherin der FDP-Liberale Fraktion unsere Überlegungen und Anliegen vertreten (Votum [hier](#) zum Nachschauen). So soll im Grundsatz die Zahl der Gebäude ausserhalb der Bauzonen, wie zum Beispiel Scheunen, in der Schweiz nicht weiter steigen. Die Kantone müssen im Richtplan festlegen, wie sie ausserhalb der Bauzone die Zahl der Gebäude und das Ausmass der Versiegelung stabil halten wollen. Mit dem sogenannten «Gebietsansatz» soll es den Kantonen dabei ermöglicht werden, gemäss den spezifischen Eigenheiten ihres Territoriums, bedürfnisgerechte und auch



massgeschneiderte Lösungen zu entwickeln. Dies begrüsst die FDP-Liberale Fraktion ausdrücklich. Nicht mehr genutzte Bauten sollen zudem durch gezielte Anreize beseitigt werden. Neu sollen die Kantone unter gewissen Voraussetzungen Abbruchprämien für solche Gebäude und nicht mehr genutzte Anlagen bezahlen.

Im Block 1 der Beratungen hatte ich zusätzlich zwei Minderheitspositionen zu vertreten (Votum [hier](#) zum Nachschauen). Mit meinen Minderheitsanträgen habe ich mich dafür stark gemacht, dass für die Abbruchprämie keine zusätzlichen Bundesgelder fließen. Diese sollen meiner Meinung nach von den Kantonen ausgerichtet werden, denn sie entscheiden über die angemessene Höhe der Auszahlung. Zudem würde damit das Subsidiaritätsprinzip gewahrt. Zusätzlich setzte ich mich dafür ein, dass, wie bereits vom Ständerat beschlossen, die Möglichkeit bestehen bleiben soll, ungenutzte landwirtschaftliche Bauten gestützt auf kantonale Richtlinien zu Wohnzwecken umzunutzen.

Auch in Block 2 habe ich einen Minderheitsantrag gestellt (Votum [hier](#) zum Nachschauen). Die vorgeschlagene Änderung zielte darauf ab, eine Ausnahmeregelung für Landschaftsgärtner zu gewähren, unter der Voraussetzung, dass ihre Tätigkeit im direkten Zusammenhang mit dem Boden und der Natur steht, d. h., dass sie sich ausschliesslich um Bäume und Pflanzen kümmern. Den Kantonen soll daher das Recht eingeräumt werden, in der Landwirtschaftszone Bauten und Anlagen zuzulassen, welche Landschaftsgärtnern dienen, die Pflanzen, insbesondere Bäume und Sträucher, anzupflanzen und zu pflegen. Es handelte sich damit lediglich eine Kompetenz für die Kantone, dies in Fällen so zu handhaben, in denen ein entsprechendes Bedürfnis vorhanden wäre.

Leider bin ich mit meinen Minderheiten in den abschliessenden Abstimmungen jeweils unterlegen. Insgesamt haben wir es aber geschafft, einen guten Kompromiss für dieses Gesetz zu erarbeiten, welches dem Ziel, die Bauten ausserhalb der Bauzonen zu begrenzen, klar entspricht.

GdBr. 23.025 – Armeebotschaft 2023

Der Krieg in der Ukraine hat uns daran erinnert, wie wichtig es ist, eine Armee zu haben, die sowohl logistisch als auch menschlich auf der Höhe der Zeit ist. Die FDP-Liberale Fraktion hat deshalb die Botschaft zur Armee 2023, wie auch die Mehrheit des Nationalrates, unterstützt (108 Ja-Stimmen gegenüber 85 Nein-Stimmen). Die Botschaft ermöglicht die notwendigen Verbesserungen zur Modernisierung unserer Armee, schliesst Lücken bei den Landstreitkräften, stärkt den Schutz des Luftraums sowie die Cyberverteidigung, aber auch die Modernisierung des Immobilienbestands. Es sieht auch 17 000 Quadratmeter Photovoltaikanlagen vor.

Wie der Krieg in der Ukraine zeigt, gehören Panzer nach wie vor zu den unverzichtbaren militärischen Mitteln. Aus diesem Grund unterstützte die FDP-Liberale Fraktion den Verkauf von 25 Leopard-2-Panzern nach Deutschland. Das Ja ist jedoch an Bedingungen geknüpft. Es ist klar, dass diese Entscheidung mit einer Aufrüstung der verbleibenden Leopard-2-Panzer einhergehen muss, und zwar so schnell wie möglich und in vollem Umfang, damit zwei mechanisierte Brigaden vollständig ausgerüstet werden können. Hierzu bedarf es einer festen Zusage der Chefin des VBS. Auf der Ebene der anderen Parteien lehnte nur die SVP die Ausserdienststellung der Panzer geschlossen ab.



Neben den behandelten Geschäften hat die FDP-Liberale Fraktion zudem diverse **Fraktionsmotionen** eingereicht:

23.3601 Mo. Fraktion RL. Schluss mit teuren Doppelspurigkeiten bei Gesundheitsdaten: Mehrfachnutzung jetzt anpacken!

Der Bundesrat wird gebeten, der Bundesversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, mit der alle einschlägigen Gesetze und Verordnungen so geändert werden, dass Mehrfachnutzungen von Gesundheitsdaten ermöglicht werden und dadurch das Once-Only-Prinzip bei Datenlieferungen umgesetzt werden kann.

23.3632 Mo. Fraktion RL. Eigenkapital- und Fremdfinanzierung gleichbehandeln: Krisenrobustheit stärken

Der Bundesrat wird beauftragt, die Steuergesetze des Bundes so anzupassen, dass die Eigenkapitalbildung gegenüber der Fremdkapitalaufnahme nicht benachteiligt, sondern steuerlich gleichbehandelt wird. Analog zum Steuerabzug der Zinsen für Fremdkapital soll ein auf den Eigenmitteln berechneter Zins abgezogen werden. Damit sollen Unternehmen Anreize erhalten, vorzusorgen und sich für die nächste Krise zu wappnen.

23.3602 Mo. Fraktion RL. Finanzplatzstrategie für die Zukunft

Der Bundesrat wird beauftragt eine Finanzplatzstrategie für die Schweiz zu entwickeln, die sich an folgenden Zielsetzungen orientiert:

1. Die Risiken für den Staat (rechtliche und faktische) aus der Geschäftstätigkeit von systemrelevanten Banken sind auf ein tragbares Mass zu beschränken und müssen kontrolliert werden können. Die Massnahmen müssen international so abgestimmt werden, dass die "Too Big To Fail"-Regulierung auch angewendet werden kann;
2. Die Unternehmen in der Schweiz - KMU wie Grossunternehmen - sollen auch in Zukunft von erstklassigen Finanzdienstleistungen zu günstigen Konditionen profitieren können, zur Unterstützung ihrer Geschäftstätigkeit in der Schweiz und international;
3. Der Finanzplatz soll auch in Zukunft attraktive Arbeitsplätze bieten, und durch Löhne, Sozialabgaben und Steuern einen wichtigen Beitrag an den Wohlstand in der Schweiz leisten. Bei der Festlegung der Reformmassnahmen sollen die Erkenntnisse aus den Berichten zu den Kommissionspostulaten, die in Zusammenhang mit der Credit-Suisse-Übernahme überwiesen wurden, berücksichtigt werden.

23.3857 Mo. Fraktion RL. KVG. Ein «Budget»-Versicherungsmodell

Der Bundesrat wird gebeten, der Bundesversammlung einen Vorschlag zu unterbreiten, um alle relevanten Gesetze und Verordnungen so zu ändern, dass die Einführung eines Krankenversicherungsmodells mit sehr niedrigen Prämien ermöglicht wird. Die Gesetzesänderungen sollen die Wahlfreiheit stärken und selbsttragende Modelle ermöglichen, die unter anderem folgende Elemente beinhalten können: Mehrjahresverträge, höhere Franchisen, Franchisen pro Fall, flächendeckende Einführung der Vertragsfreiheit im stationären und ambulanten Bereich, punktuelle Einschränkungen des Leistungsumfangs (z. B. Komplementärmedizin, Generikapflicht) oder die obligatorische Nutzung digitaler Hilfsmittel.



Ich selbst habe ausserdem ein [Postulat](#) eingereicht, welches vom Bundesrat fordert, die in der Schweiz geltende gesetzliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch in einem Bericht zu evaluieren. Über 20 Jahre nach Einführung der Fristenregelung ist es an der Zeit, deren Umsetzung in der Schweiz und die Kompatibilität mit fachlichen Standards zu überprüfen.

Krönender Abschluss der Sommersession war für mich persönlich der Abstimmungssonntag am 18. Juni. Insbesondere das klare JA zum Klimaschutzgesetz freut mich ausserordentlich. Damit haben wir es geschafft, einen wichtigen, gutbürgerlichen Kompromiss zugunsten des Klimaschutzes zu schmieden, welcher im Gegensatz zur Gletscherinitiative ohne Verbote auskommt. Ich werde mich auch weiterhin politisch dafür einsetzen, dass wir mit Anreizen statt Verboten arbeiten können und diejenigen belohnen, die eigenverantwortlich handeln und investieren. Meine Analyse zu diesem klaren JA zum Klimaschutzgesetz im SRF-Abstimmungsstudio gibt es [hier](#) zum Nachschauen.

Besten Dank für Ihr Interesse. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Sommer und freue mich sehr darauf, Ihnen im September aus der Herbstsession zu berichten.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'S. Vincenz'.

Herzliche Grüsse,
Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin FDP/SG